

## Kommentare

HAJO ZENKER

## Um die Energiewende ist es still geworden



Still ist es geworden um die Energiewende, verdächtig still. Knapp ein Jahr ist es her, dass der Bundesumweltminister eine große Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ankündigte. Weil die Stromnetze genauso wie die Portemonnaies der Verbraucher am Rande ihrer Leistungsfähigkeit angekommen seien. Doch von einer wohl durchdachten und radikalen Neugestaltung fehlt weiter jede Spur. Stattdessen wurde vom christdemokratischen Minister eine Strompreisbremse aus dem Hut gezaubert. Realität wurde die nicht. Und so geht der Preisanstieg ungebremst weiter. Womit die Ökostrom-Umlage auch im kommenden Jahr nochmals deutlich zulegen wird.

Selbst dem SPD-Parteichef, der ja einmal Bundesumweltminister war, wird angesichts der Auswirkungen des einst von Rot-Grün angeschobenen Erneuerbare-Energien-Gesetzes angst und bange. Und er plädiert für eine radikale Reform. Denn für immer mehr Verbraucher wird Energie zum Luxusgut – und für Unternehmen ebenso. Zumindest für die, die sich nicht von der Umlage befreien lassen können.

Gleichzeitig geht es drunter und drüber: Der laut pro-

pagierte Bau von Windstromerzeugern im Meer kommt angesichts der technischen und finanziellen Herausforderungen nur schleppend voran. Und wenn denn doch mal ein Windpark fertig ist, fehlt häufig der Anschluss ans Stromnetz. Gaskraftwerke, die zwar einen fossilen Energieträger verbrennen, aber trotzdem recht klimafreundlich und zudem perfekt geeignet für den Schwankungsausgleich sind, haben wirtschaftlich kaum eine Chance. Und werden abgebrummt. Dabei sollten sie integraler Bestandteil der Energiewende sein. Das Stromnetz ist in einem so angespannten Zustand, dass bei sonnigem, windigen Wetter Wind- und Solaranlagen abgeschaltet werden müssen und Strom ins Ausland verschickt wird.

Bisher heißt Energiewende nur: Atomkraftwerke werden abgeschaltet und die Ökostromerzeugung kann ohne jedes Limit steigen. Weshalb die Probleme ohne Limit steigen. Und die Verbraucherpreise ohne Limit steigen. Es wird höchste Zeit, dass eine neue Bundesregierung, in welcher Zusammensetzung auch immer, eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in die Wege leitet, die mehr ist als nur viel Wind um nichts.

## Nicht zu viel, aber das Falsche

Hierzulande studieren zu viele junge Menschen und zu wenige machen eine Berufsausbildung. Mit seiner Kritik am „Akademisierungswahn“ in Deutschland könnte der frühere Kulturstatsminister Julian Nida-Rümelin Recht haben. Tatsächlich hat man seit Jahren den Eindruck, dass die alte Regel, wonach ein Studium ein gutes Einkommen verspricht, nicht mehr ganz richtig ist.

Es gibt mittlerweile ein ganzes Heer von Akademikern, die nach der Uni erst mal keinen, nur einen befristeten oder einen unterqualifizierten Job finden. Der berühmte Taxifahrer mit Philosophiediplom wird gern als Beispiel genannt.

Wahrscheinlich ist es aber nur so, dass nicht zu viele junge Leute studieren, sondern ein Teil davon das Falsche. Ohne den Kulturwissenschaften- oder Soziologiestudenten zu nahe treten zu wollen, gibt es offenbar zu viele Geisteswissenschaftler und zu wenig Techniker und Ingenieure. Besser wird das nur, wenn sowohl Unternehmen wie auch die Schule jungen Menschen noch intensiver den erfolgversprechenden Weg weisen. Und der kann – gerade in technischen Berufen – auch erst mal über die Ausbildung zum Studium führen. Bei immer mehr Firmen läuft das auch parallel und nennt sich duales Studium. DIETRICH SCHRÖDER

## Papiertiger

Einmal mehr erweist sich Präsident Barack Obama als Papiertiger, als Mann hohler Ankündigungen, denen keine wirklichen Taten folgen. Ein US-Präsident, der seine Aktivitäten davon abhängig macht, was denn irgendwann die aus dem Urlaub heimkehrenden Abgeordneten sagen werden – so haben die Verfassungsväter die Rolle nicht angelegt.

Es geht nicht mehr um die Grundsatzfrage, ob sich der Bürgerkrieg in Syrien durch eine Militäration eindämmen und beenden lässt. Es geht vielmehr darum, dass sich erst der britische Premier David Cameron und jetzt auch US-Präsident Obama als handlungs-

unfähige Zögerer, als moderne Hamlets erweisen. Als Darsteller der Macht, die vor ihren rhetorischen Drohgebärden nicht das logische Ende ihrer Worte bedacht haben. Wer von „roten Linien“ spricht, die nicht überschritten werden dürfen, darf eben nicht nur den Mund spitz machen, er muss auch pfeifen.

Dass Frankreichs Präsident Hollande die Chance ergriff, sich in die Büsche zu schlagen, ist ein Randphänomen. Aber alles zusammen lässt internationales Krisenmanagement schwieriger, unberechenbarer werden. Ausgerechnet Putin erscheint plötzlich als verlässliche Konstante. PETER PHILIPPS

## Gesagt ist gesagt



„Die Leute lieben uns wie die Pandabären.“

Zisterzienserpater Karl Wallner vom österreichischen Kloster Heiligenkreuz bei Wien zur Außenwirkung der 88 Mönche des Klosters

## „Der Personalabbau wirkt wie ein Brandbeschleuniger“

Die Berliner Journalistik-Professorin Margreth Lünenborg über Krise und Zukunft des Zeitungsmarktes

Die Auflagen von Zeitungen gehen massiv zurück, Titel werden eingestellt oder reihenweise verkauft. Die Zeitungslandschaft ist in einer Krise, die Medienlandschaft erlebt zahlreiche Veränderungen. Über Chancen, Risiken und Perspektiven sprach Christian Stiller mit Margreth Lünenborg, Professorin für Journalistik an der FU Berlin.

Frau Lünenborg, Ihr Schwerpunkt ist das Fach Journalistik. Die „Financial Times Deutschland“ wurde eingestellt, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ produziert jetzt die „Frankfurter Rundschau“, die Nachrichtenagentur ddp ist pleite, Springer hat sich gerade von einem Großteil seiner Print-Produkte getrennt – warum sollte man da noch Journalistik studieren?

Bei uns studiert man Kommunikationswissenschaft, dazu gehört auch der Journalismus. Aber in der Tat ist für viele, die zu uns kommen, das Motiv, später in den Journalismus zu gehen. Nach wie vor ist er attraktiv – trotz der Krise in dieser Branche. Für mich persönlich ist Journalismus unverzichtbar für eine funktionierende Demokratie.

## Montags-INTERVIEW

Gleichwohl sind im Vergleich zu vor zehn Jahren in diesem Jahr bislang fünf Millionen Zeitungen weniger verkauft worden. Wird es künftig noch Tageszeitungen geben?

Da muss man genauer hingucken. Das Trägermedium – Papier oder Bildschirm – ist für mich irrelevant. Die Leistung von Journalismus ist es, für die Gesellschaft relevante Informationen zur öffentlichen Verfügung zu stellen, vor allem auch Hintergründe und Zusammenhänge, um die Informationen einschätzen zu können. Der Journalist ist hier Navigator durch die Datenflut. Das ist ein gesellschaftlicher Wert. Allerdings hat sich dessen ökonomische Grundlage radikal gewandelt. Ein Kollege von mir, Siegfried Weischenberg, hält das Jahrhundert des Journalismus bereits für beendet. Das bezweifle ich aber.

Aber die Auflagen brechen weiter ein.

Tatsächlich verändern sich Formen der Mediennutzung; zugleich trägt das ökonomische Konstrukt, Nachrichten mit Werbung zu verkaufen, nicht mehr. Springer will deshalb vorrangig mit digitalen Produkten Geld verdienen – das ist aber auch ein sehr ungewisser Pfad. Es ist ja weiterhin offen, ob Nutzer für In-



Hält die Tageszeitung in Deutschland für längst nicht tot: Margreth Lünenborg, Professorin für Journalistik an der Freien Universität Berlin  
Foto: Kai Horstmann

halte zahlen werden, die bislang kostenlos ins Netz gestellt wurden. Auch künftig werden Informationen kostenlos zu finden sein. Das ist ein Problem. Die Nachricht als Rohware hat kaum noch Wert. Dennoch würde ich die Prognose wagen, dass wir in Deutschland in zehn Jahren noch Tageszeitungen haben werden – für eine glaubwürdige, verlässliche Aufbereitung wichtiger Informationen. Wie relevant dabei das Trägermedium Papier ist, ist offen.

In den USA gibt es mittlerweile schon Städte ohne Tageszeitung.

Das ist richtig. Dort gibt es so gar regelrechte nachrichtenfreie Räume, weil man in den USA öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten kaum kennt. Schon deswegen werden wir hier keine amerikanischen Verhältnisse haben. Außerdem gibt es in Westeuropa eine andere Lesekultur.

Wo sehen Sie die Zukunft für die Tageszeitungen?

Vor allem müssen sich die Regionalzeitungen ihres Potenzials bewusst werden, ihrer Glaubwürdigkeit, die sie als Marke in ihrer Region haben, sowie ihrer vielen Kontakte in ihren Verbrei-

tungsgebieten. All dies muss unter den veränderten Bedingungen im Zuge der Digitalisierung vielfältiger eingesetzt werden. Da denke ich an ganz unterschiedliche Plattformen. Denn das Modell der bisherigen universalistischen Tageszeitung, die alle über die Welt informieren will, wird nicht überleben. Es ist der Nutzer, der sich im Netz seine Nachrichten macht, indem er nur noch das anklickt, was ihn interessiert. Ein Bürgerjournalismus, der noch viel aktiver gestaltet werden muss, und zwar für ganz unterschiedliche Akteure und Generationen. Leser wollen mitschüttern und die Möglichkeit haben, eigene Berichte einzubringen. Zeitungen müssen zudem mehr Veranstaltungen organisieren, sich als öffentlicher Akteur präsentieren. Dafür braucht es fortlaufende Innovationen in Verlagen, die lange Zeit aus der Substanz gelebt haben. Und dafür muss es Personal geben. Die Zukunft der Zeitungen wird deshalb nicht im Heruntersparen liegen.

Wenn nun das Konstrukt Nachrichten mit Werbung nicht mehr trägt, fragt man sich einmal mehr, was der WAZ-Konzern jetzt mit all den neu

erworbenen Springer-Titeln will.

Das hat in der Tat auch Medienökonom irritiert. Hier werden Geschäftsfelder „bereinigt“. Springer setzt jetzt nachhaltig auf digitale Produkte – wie beispielsweise eine Immobilienplattform –, die mit Journalismus aber nur wenig zu tun haben. Der WAZ-Konzern hat ein Repertoire an Regionalzeitungen. Dort allerdings wurde in den vergangenen Jahren massiv eingespart, indem Redaktionen zusammengelegt wurden oder die „Westfälische Rundschau“ als Titel verschwunden ist. Hier wurde publizistische Leistung radikal eingedampft. Und das wird weitergehen. Da klingt die Aussage des Springer-Chefs Mathias Döpfner schon fast zynisch, wenn er sagt, mit dem Verkauf von „Berliner Morgenpost“ und „Hamburger Abendblatt“ sei eine gute Entscheidung für den Journalismus gefallen.

Noch ein anderer Verkauf bewegte die Medien. So hat Amazon-Gründer Jeff Bezos sich die „Washington Post“ gekauft. Was will ein Mann aus der Internetbranche mit einer Papierzeitung, wenn gleich auch mit einer der wohl berühmtesten?

Es ist wohl davon auszugehen, dass Bezos die Zeitung nicht unmittelbar in seinen Internet-Konzern integrieren will. Dafür sind hier die Geschäftsmodelle zu unterschiedlich. Aber dieser Kauf ist ganz bestimmt nicht als eine Art Mäzenatentum zu verstehen. Die Botschaft ist klar: Die „Washington Post“ muss sich den digitalen Trends entsprechend ändern.

Ist das Internet der einzige Grund für die Krise?

Wir haben es mit sehr unterschiedlichen Dimensionen von Krise zu tun. Da ist zum einen die Finanzkrise. Darüber hinaus gibt es im Zuge der Digitalisierung eine strukturelle Krise. Die Gewinne, die früher eingefahren wurden, wurden von deutschen Verlegern nicht beziehungsweise erst viel zu spät in die Modernisierung medialer Produkte investiert. Als eine sich verstärkende Spirale kommt jetzt noch hinzu, dass man seit dem Jahr 2000 – also seitdem die Gewinne zurückgehen – anfang, massiv in die Substanz hineinzusparen. Das schlägt sich in der Qualität der Produkte nieder. Schauen Sie sich doch die Zeitungen an: Wenn ich das Personal nur noch ausdünnende oder Inhalte nur noch von schlecht bezahlten freien Mitarbeitern beziehungsweise zu wesentlich schlechteren Bedingungen ausgegliederten Angestellten erstellen lasse, beschleunigt das den Prozess der Leserabwendung. Qualitätsverlust und Personalabbau wirken da wie ein Brandbeschleuniger.

Was als Prekarisierung für ganz unterschiedliche Berufe diskutiert wird, dass sie eine Existenz nur schwer sichern können, gilt auch für den Journalismus. Das betrifft nicht nur die freien Journalisten, sondern alle jenseits des knappen Kernpersonals – das sind Verhältnisse, die wir sonst von Wachdiensten und Putzkolonnen kennen.

## Zur Person

Margreth Lünenborg wurde 1963 in Westfalen geboren. Sie studierte von 1984 bis 1990 Journalistik und Raumplanung und volonteerte danach bei der Westfälischen Allgemeinen Zeitung (WAZ) in Essen. Nach Jahren als Journalistin promovierte sie 1996 an der Freien Universität Berlin und habilitierte sich 2005 in Dortmund. Sie lehrte an deutschen und österreichischen Universitäten. Seit 2009 ist Lünenborg Professorin für Journalistik an der FU, leitet dort das Internationale Journalisten-Kolleg und forscht über Bürgerjournalismus, Unterhaltungs-kommunikation sowie Geschlechterbilder und Medien. (cis)

## Leserbriefe an die Redaktion

E-Mail-Adresse: leserbriefe@moz.de

## US-Präsident muss innenpolitisch punkten

Zu „Obama erwägt Militärschlag“ (Ausgabe vom 28. August):

Einem Friedensnobelpreisträger sollten solche Gedankengänge eigentlich fremd sein. Und einem gläubigen Christen müssen – bei all seiner politischen Macht – andere Methoden zur Bekämpfung von Konflikten einfallen. Aber die einfachen Methoden sind nicht spektakulär, um in der Innenpolitik zu punkten. Jeder US-Präsident hat bisher in solchen Situationen zur Aufwertung seiner Politik die außenpolitische Karte, sprich das Herbeiführen regionaler Kriege, gezogen. Willfähige Mitstreiter finden sich immer. VOLKER MIERSCH Schwedt

## Die Unglaubwürdigkeit des Wortes „Beweise“

Zu „Mit oder ohne Beweise es ist zu spät“ (Ausgabe vom 27. August):

Ich kann dem vorsichtigen Ton des Kommentars nur zustimmen. Schon einmal legte die USA der Öffentlichkeit „Beweise“ über Massenvernichtungswaffen im Irak vor, um die Staatengemeinschaft für einen Militärschlag gegen den Irak zu gewinnen. Der Militärschlag fand statt, Massenvernichtungswaffen wurden nie gefunden. Der amerikanische Außenminister Powell entschuldigte sich später für die „Beweise“.

Deutschland beteiligte sich unter Kanzler Schröder nicht an der Allianz der Willigen. Die CDU Brandenburgs schrieb in einem Brief an den amerika-



nischen Präsidenten, dass sie sich für diese Haltung der deutschen Regierung schämt. Der internationale Terrorismus hat zugenommen. Es ist manchmal gut, sich zu erinnern. VOLKWIN HASS Strausberg

Wenn die US-Regierung keine „echten“ Zweifel an der Verantwortung der syrischen Regierung für den Chemiewaffenangriff hat, dann hat sie wohl „unechte“. Egal, was man darunter verstehen mag, Zweifel sind Zweifel und keine Beweise!

Wie kann man unter solchen Umständen nur wieder mit der Brandfackel drohen?

VOLKER LINK Frankfurt (Oder)

## Wie zwei Parteien Familien umwerben

Zu „FDP und NPD werben mit einem gleichen Familienbild“ (Ausgabe vom 28. August):

Angesichts der Neonazihetze gegen Flüchtlingsheime, Pöbeleien gegen die Schwächsten der Gesellschaft und alles was sich ihnen entgegenstellt, werben jetzt NPDler für intakte Familien, glückliche Kinder. Ist es Zufall, dass die FDP in ihrer Wahlwerbung ebenfalls auf glückliche Familien hinweist? Dabei möchten diese Demokraten am liebsten den Schwachen die letzte Stütze streichen. Die

zwei Parteien will ich keinesfalls gleichstellen, aber unsoziale Parolen gibt es bei beiden.

ERNST JÄGER Zepernick

## Die Scheußlichkeiten der Stasi

Zu „Von der Vergangenheit eingeholt“ (Ausgabe 22. August):

Ein Theologiestudent, der als Vertrauensperson galt, denunziert Mitsudenden und studiert dann auf Stasi-Kosten weiter in Schweden. Es gibt kaum eine moralische Scheußlichkeit, die die Stasi nicht anwendete. HENNING HÖHNE Schiffmühlen

Die abgedruckten Briefe sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor.